

Widerstand gegen Kabotagereform

Bei Debatte im EP lehnen Abgeordnete weitere Liberalisierung ab

STRASSENGÜTERVERKEHR Ein beunruhigendes Bild des europäischen Kabotagemarktes beschrieben Experten und Verbandsvertreter bei einem Hearing im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments (EP). Dessen Mitglieder hatten die Debatte mit Blick auf die „spätestens Juni“ von der EU-Kommission angekündigte Reform der Kabotage organisiert.

Die Diskussionsergebnisse waren ernüchternd und werden den im Parlament und im Rat der EU-Verkehrsminister bestehenden Widerstand gegen eine weitere Liberalisierung stärken. Gegen mehr Kabotage-Freiheiten sprach sich auch die Mehrheit der anwesenden Verbandsvertreter aus - lediglich der Repräsentant der europäischen Spediteursvereinigung Clecat befürwortete sie.

Das zwischen den Unionsstaaten bestehende Gefälle bei den Sozial-

und Steuergesetzen, die fehlende Umsetzung der seit 2009 geltenden Vorschriften in einigen EU-Ländern und die völlig unterschiedliche Sanktionierung von Verstößen gegen das existierende Recht sind die Haupt-Hindernisse für einen fairen Wettbewerb im Straßengüterverkehr.

Sie haben dazu geführt, dass sich die Konkurrenzsituation für Unternehmen aus den „alten“ EU-Staaten verschlechtert, für die aus später der Union beigetretenen Ländern dagegen verbessert hat.

Um die Nachteile aufzuheben, gründeten Unternehmen aus den „alten“ EU-Staaten Briefkastenfirmen in den Beitrittsstaaten oder veränderten Arbeitsverträge zum Nachteil ihrer Fahrer. Die verdienen weniger und sind für mehr Aufgaben zuständig.

Vor diesem Hintergrund dürfe es keine weitere Liberalisierung der Ka-

botage geben, betonten die Vertreter des Europäischen Transportarbeiterverbands ETF und der internationalen Straßentransportunion Iru. Zuvor müsse die Sozialgesetzgebung in der Union harmonisiert werden, und die Behörden der Mitgliedstaaten hätten dafür zu sorgen, dass bestehende Gesetze eingehalten werden. Ein Repräsentant von Eurocontrol unterstrich die Schwierigkeiten von effizienten Kontrollen.

Abgeordnete der Konservativen, der Sozialdemokraten und der Grünen kündigten an, dass sie einer weiteren Kabotage-Liberalisierung kaum zustimmen könnten. Leichte Verbesserungen der bestehenden Vorschriften würden zu einem hohen sozialen Preis erkauft. Nur die konservative Abspaltung ECR und die Liberalen warnten vor Marktabschottung im Binnenmarkt. (wal)